

Öffentlicher Raum muss nutzbar für junge Menschen sein!

Die Landesarbeitsgemeinschaft für Offene Kinder- und Jugendarbeit fordert die Bezirke und das Land Berlin auf, öffentliche Räume für junge Menschen nutzbar zu machen und zu halten!

Der öffentliche Raum ist in Berlin ein zentrales Thema. Durch die Verdichtung der Stadt sind viele kleine grüne Oasen verloren gegangen; wer sich im öffentlichen Raum kosten- und konsumfrei aufhalten will, sucht zentrale Plätzen oder Parks auf.

Die Zugänglichkeit des öffentlichen Raums bzw. der Wunsch nach Bewegungs- und Rückzugsräumen wird auch von jungen Menschen als eines der wichtigsten Themen in Berlin benannt, gerade im Kontext der "gesamstädtische[n] Problematik der baulichen Verdichtung und Verdrängung jugendspezifischer Räume" (Landesjugendförderplan, S. 29). Dies betrifft sowohl die selbstständige und unabhängige Nutzung durch junge Menschen, als auch die Teilnahme an pädagogisch begleiteten Angeboten. "Mehr kostenlose Sport- und Bewegungsangebote an öffentlichen Plätzen" wurden so in den Befragungen zum Landesjugendförderplan als wichtigster Vorschlag für die Weiterentwicklung der Jugendarbeit favorisiert (S. 38).

In vielen Bezirken gibt es jedoch stetig große Probleme mit der Nutzbarkeit öffentlicher Flächen, insbesondere Grünflächen, für Angebote der Offenen Kinder- und Jugendarbeit (OKJA), da keine Genehmigungen erteilt oder für jede Aktion Einzelanträge erwartet werden, deren Bestätigung oftmals kurzfristig oder sogar erst im Nachhinein erfolgt. Gerade für Angebote in der Angebotsform 2, der standortungebundenen offenen Jugendarbeit, ist die Arbeit dadurch erschwert oder wird verunmöglicht. Selbst Angebote wie Kinderspiel- und Jugendmobile, die explizit beauftragt sind, im öffentlichen Raum tätig zu sein, erhalten in den Bezirken sehr unterschiedlich gute Zugänge zu Parks und Freiflächen. In manchen Bezirken zeigt sich das Grünflächenamt sehr kooperativ und weist bestimmte Flächen als generell für die Angebote zur Verfügung stehend aus, in anderen Bezirken ist dies nicht so und es müssen Einzelgenehmigungen für jede Aktion eingeholt werden oder es werden gar generelle Nutzungs- und Befahrungsverbote ausgesprochen, oftmals mit Verweis auf den Schutz der Parkflächen, z.B. sogenannter "Premium-Flächen". Werden die Angebote trotzdem entsprechend des Auftrags umgesetzt, riskieren die Mitarbeitenden und Organisationen vielfach Strafen oder müssen Strafzettel und Bußgelder zulasten des eigenen Budgets in Kauf nehmen.

Was kann (mobile) OKJA im öffentlichen Raum leisten?

OKJA bietet allen Kindern, Jugendlichen und Familien die Möglichkeit, kostenfrei ihre Freizeit zu gestalten – mit positiven Effekten der Förderung von Gesundheit und Wohlbefinden durch Bewegung, Begegnung, Beratung, Vernetzung etc. Mobile OKJA ist dabei besonders niedrigschwellig, kann maximal flexibel auf Bedarfe reagieren und ermöglicht jungen Menschen einen Zugang, die den Weg in Einrichtungen nicht finden. Durch mobile Angebote der OKJA, Feste und Veranstaltungen im öffentlichen Raum und die Einsätze der Spielmobile werden Orte nachbarschaftlicher Begegnung geschaffen und sozialer Zusammenhalt gefördert. Für Spielaktionen genutzte Flächen werden von Anwohnenden wertschätzender wahrgenommen und entsprechend gepflegt.

Durch die Begrenztheit öffentlicher Räume in der Stadt werden die Flächen auf unterschiedlichste Weise und von verschiedensten Gruppen genutzt. Für Kinder und Jugendliche kann das heißen, dass der Raum sich durch die vielen Nutzer*innen nicht überall besonders sicher anfühlt. Angebote der mobilen OKJA schaffen hier für eine begrenzte Zeit einen Schutzraum. Durch die Aktivitäten wird der öffentliche Raum (auch) für Kinder und Jugendliche nutzbar, Spielaktionen finden statt, Mitarbeitende sind ansprechbar und Eltern können durch diese zusätzliche Sicherheit ihre Kinder alleine ihren Kiez entdecken lassen.

Um flexibel und passgenau agieren zu können, ist OKJA stets partizipativ und situationsorientiert gestaltet. Dafür ist Handlungsfreiheit bezüglich der Angebotsgestaltung notwendig.

Um den öffentlichen Raum für junge Menschen und die OKJA nutzbar zu machen, fordern wir:

1. Für die in den bezirklichen Jugendförderplänen und im Landesjugendförderplan ermittelten Bedarfe an Angeboten der OKJA in den jeweiligen Sozialräumen müssen entsprechende Flächen zur Verfügung gestellt werden.

2. Entstehen Nutzungskonflikte, sollte die Relevanz der Zugänglichkeit des öffentlichen Raums für junge Menschen und für Angebote der OKJA sichtbar gemacht werden. Wir erwarten den Einsatz für die Rechte von Kindern und eine Rückendeckung für die OKJA in Politik und Verwaltung.
3. Abbau bürokratischer Hürden:
 - Die Zeit, die für bürokratische Tätigkeiten notwendig ist, sollte möglichst geringgehalten sein und stattdessen für pädagogische Aufgaben genutzt werden können, um so die mit der Jugendförderung vereinbarten Zielvereinbarungen erfüllen zu können.
 - Für wiederkehrende Einsätze auf bestimmten Plätzen, sollte eine generelle Erlaubnis ausgestellt werden. Hier könnte beispielsweise lediglich eine maximale Nutzungsdauer zum Schutz der Flächen festgelegt werden.
 - Mehrjährige Nutzungsgenehmigungen um bürokratischen Aufwand zu minimieren.
 - Festlegung berlineinheitlicher Regelungen zu Sondernutzung öffentlicher Flächen für die OKJA.
 - Direkte Kommunikation auf Augenhöhe zwischen den Ämtern (z.B. Jugendförderung und Grünflächenamt).
 - Vereinfachte Antragstellung und schnelle Ausstellung von Genehmigungen für wiederkehrende nichtkommerzielle Veranstaltungen der OKJA.
4. Berücksichtigung des partizipativen und situationsorientierten Ansatzes: Für die Sondernutzungsgenehmigungen ist Flexibilität bezüglich der Angebotszeiten notwendig; so kann ein Angebot beispielsweise wetterbedingt um eine Woche verschoben werden oder in den Sommerferien wegen großer Hitze in die Abendstunden verlegt werden.
5. Transparente Kommunikation zwischen allen Beteiligten:
 - Die Jugendförderung sowie die Einrichtungen der OKJA müssen rechtzeitig über geplante Veränderungen (beispielsweise Umwidmung in Premiumflächen und entsprechende Veränderung der Auflagen), Baumaßnahmen etc. informiert werden, es sollten zeitgleich Ausweichflächen im gleichen Sozialraum benannt werden.
 - Für Ablehnungen für Sondernutzungsanträge sind nachvollziehbare Begründungen zu erbringen und es ist die Möglichkeit für die Erarbeitung von Kompromisslösungen zu gewährleisten.
 - Wenn ein Befahren einer Grünfläche nicht möglich ist, muss eine temporäre Parkzone eingerichtet werden, um Fahrzeugen wie Spielmobilen Be- und Entladen von der Straße aus zu ermöglichen, ohne dass dadurch der Verkehr und die Sicherheit von Verkehrsteilnehmenden behindert wird.
6. Um langfristig die Attraktivität des öffentlichen Raums für junge Menschen zu gewährleisten, sollten transparente Beteiligungsverfahren bei der Stadtteilplanung durchgeführt und eine zielgruppengerechte Berücksichtigung junger Menschen sichergestellt werden.

Die Landesarbeitsgemeinschaft Offene Kinder- und Jugendarbeit Berlin fordert alle beteiligten Ämter und Verwaltungen auf, durch ihre Arbeit die Umsetzung aufsuchender und mobiler Angebote der Angebotsform 2 wie gesetzlich vorgesehen zu ermöglichen und den öffentlichen Raum attraktiv und zugänglich für alle jungen Menschen zu gestalten!

Berlin, Mai 2023